

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 8. Dezember 2023 · Nr. 286 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.30

«Solarexpress» gerät ins Stocken

Hürden für den Bau von alpinen Anlagen sind höher als erwartet

dvp. · Vom Vispताल im Wallis über das Berner Oberland bis ins Untertal: In praktisch allen Bergregionen des Landes sollen in den nächsten Jahren in grossen Mengen Solarpanels auf Alpweiden montiert werden. Gegen 40 solche Projekte sind derzeit in Planung. Doch stellt sich die Frage, wie viele davon auch tatsächlich gebaut und ans Netz angeschlossen werden können.

Wenig Baugesuche

Schweizweit sind bisher nicht mehr als ein Dutzend Baugesuche für alpine Solaranlagen bei den kantonalen Behörden eingereicht worden. Viel zu wenig sei das, sagt Renato Tami, Vizepräsident der Interessengemeinschaft Solalpine, die Stromversorger beim Bau von alpinen Solarparks berät. Der frühere Chef der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) geht davon aus, dass ein ansehnlicher Teil der Projekte nicht umgesetzt wird, weil sie entweder an der Urne scheitern oder am Widerstand der Umweltverbände oder schlicht weil die Wirtschaftlichkeit nicht gewährleistet ist.

Das im sogenannten «Solarexpress»-Gesetz verankerte Ziel, mit alpinem Solarstrom jährlich zwei zusätzliche Terawattstunden zu gewinnen, dürfte damit kaum erreicht werden können. Zumal auch der Zeitdruck erheblich ist. Bis Ende 2025 müssen die alpinen Solaranlagen am Netz sein und mindestens 10 Prozent der gesamthaft vorgesehenen Strommenge einspeisen. Nur dann fliesen die Subventionen vom Bund. «Wer es nicht schafft, in den nächsten Monaten ein Baugesuch einzureichen, dürfte kaum mehr rechtzeitig mit den Bauarbeiten fertig werden», sagt Tami. Er macht sich dafür stark, dass der Bund die Frist für den Netzanschluss verlängert. Vielerorts brauche man schlicht mehr Zeit, um die Anlagen zu bauen.

Axpo-Projekt scheitert an Urne

Auch der Energieversorger Axpo hat vor kurzem einen Rückschlag erlitten. In Ilanz sprach sich Ende November die Stimmbewohner an der Urne gegen seine beiden grössten Solarprojekte aus. Diese werden nun eingestellt. Die Axpo will ihre Solaroffensive vorantreiben, auch wenn der Bau von grossflächigen Anlagen in den Bergen das Unternehmen vor grosse Herausforderungen stellt. Sowohl die technischen Anforderungen als auch die Preise seien gestiegen, erklärt eine Sprecherin. Zudem gebe es Lieferengpässe.

Schweiz, Seite 7



Deborah Feldman versteht sich als Märtyrerin in einer Zeit der Ungerechten. ALEXA VACHON

Eine Jüdin kritisiert Israel

Deborah Feldman ist eine fragwürdige Nahost-Expertin

zin. · Sie sieht sich als die Stimme der liberalen Juden und Palästinenser, die nicht gehört würden. In Talkshows ist Deborah Feldman derzeit omnipräsent und äussert sich zum Krieg in Gaza. Für Israel zeigt sie dabei nicht allzu viel Verständnis. Um zu verstehen, wofür Feldman steht, hilft es, zu wissen, woher sie kommt. Sie hat auf ihrer Herkunft ihr öffentliches Leben aufgebaut.

Mit dem Bestseller «Unorthodox» verarbeitet sie 2012 die eigene ultraorthodoxe Vergangenheit. Ihr neues Werk «Judenfötsch» handelt nun von jüdi-

chen Identitäten in Deutschland. Feldman schreibt darin von der Erwartungshaltung, die auf Juden lastet. Sie verunglimpft allerdings auch andere Juden als «Bühnenjuden» und «Pseudokonvertiten». Und die jüdische Autorin, die Israel kritisiert, verstrickt sich in Widersprüche. Sie prangert das Profitieren von eigenen Jüdischsein in Deutschland an, hat sich aber genau darum dort niedergelassen. Auch fühlt sie sich marginalisiert, kann aber in zahlreichen Interviews austeilen, wie es ihr beliebt.

Feuilleton, Seite 32

Sunak hält am Rwanda-Pakt fest

Migrationspolitik wird zur ZerreiSSprobe für die Tories

Trotz Vorbehalten des Supreme Court will der britische Premierminister seinen Rwanda-Plan neu beleben. Die britische Einwanderungspolitik wird immer härter.

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Mitte November erlitt Premierminister Rishi Sunak vor dem britischen Supreme Court eine krachende Niederlage. Die höchsten Richter kamen einstimmig zu dem Schluss, dass der umstrittene Rwanda-Pakt widerrechtlich sei und daher nicht in die Praxis umgesetzt werden dürfe. Der Pakt sieht vor, dass irregulär eingereiste Migranten nicht in Grossbritannien, sondern in Rwanda ein Asylverfahren nach rwandischem Recht durchlaufen und gegebenenfalls in dem ostafrikanischen Land Asyl erhalten sollen.

Schärferes Gesetz

Der Pakt ist das Kernelement von Sunaks Asylpolitik. Er erhofft sich davon eine abschreckende Wirkung auf die Bootsmigration über den Ärmelkanal, die er zu stoppen versprochen hat. Daher hat Sunak einen Versuch lanciert, um dem Rwanda-Pakt neues Leben einzuhauchen. Dies hat allerdings bereits wieder einen Richtungskampf in der notorisch zerstrittenen Tory-Partei befeuert, der sich zu einer handfesten Gefahr für Sunak ausweiten könnte.

Sunak wirkt zum einen auf eine Änderung der vom Supreme Court kritisierten Bedingungen in Rwanda hin. Am Dienstag unterzeichnete Innenminister James Cleverly in Kigali einen Staatsvertrag mit dem rwandischen Ausserminister Vincent Biruta. Er soll die Zusicherungen Rwandas auf eine solidere völkerrechtliche Basis stellen als die bisherige Absichtserklärung. Zudem präzisiert der neue Vertrag, dass selbst Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt werde, in Rwanda verbleiben könnten. Dies soll die Befürchtungen des Supreme Court zerstreuen, Rwanda könnte Asylsuchende direkt oder klandestin in Staaten ausweisen, wo sie an Leib und Leben bedroht sind.

Zweites Element von Sunaks Strategie ist eine dringliche Revision des Asylgesetzes, die der Premierminis-

ter als bisher radikalste in der britischen Geschichte bezeichnete. Der Gesetzesentwurf erklärt Rwanda zum «sicheren Drittstaat» und weist alle «Entscheidungsträger» in Grossbritannien (also auch die Gerichte) an, Rwanda abschliessend als solchen anzuerkennen. Zudem will das Gesetz Asylsuchenden Beschwerden gegen eine Ausschaffung nach Rwanda verunmöglichen, indem die Anwendung ganzer Teile der britischen Menschenrechtsgesetze ausgesetzt wird. Klagen sollen nur in wenigen Ausnahmefällen möglich sein. Sunak erklärte an einer Pressekonferenz, damit werde das «Karussell» der Rechtsklagen zum Stillstand gebracht werden. Doch Vertreter des rechtsnationalen Parteiflügels bestreiten dies.

Die Parteirechte sieht das Heil in einem noch radikaleren Gesetz, das den Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder deren faktische Ausserkraftsetzung vorsieht. Doch Sunak steht auch unter dem erheblichen Druck des numerisch stärkeren zentralistischen Parteiflügels. Etlliche Vertreter haben sich in den letzten Tagen klar gegen einen Bruch mit der EMRK gestellt. Sunak betonte überdies, die rwandische Regierung habe gedroht, sich aus dem Arrangement zurückziehen, falls es sich nicht völkerrechtskonform umsetzen lasse. «Es lohnt sich nicht, noch weiter zu gehen, wenn wir kein Land mehr haben, wo wir die Asylsuchenden hinschieken können», sagte der Premierminister.

Ein Echo des Brexits

Der Streit zwischen Hardlinern und Moderaten weckt Erinnerungen an die Brexit-Konflikte. Offen ist, ob die Unzufriedenheit des rechten Parteiflügels in eine offene Rebellion mündet, wenn das Gesetz voraussichtlich nächste Woche im Unterhaus erstmals zur Abstimmung gelangt. Bereits kursieren Gerüchte über ein parteiinternes Misstrauensvotum gegen Sunak. Nachdem die Tory-Partei in den letzten sieben Jahren fünf Premierminister verbraucht hat, erscheint ein neuerlicher Wechsel an der Parteispitze weder realistisch noch zielführend. Doch könnte eine Rebellion Sunaks politische Autorität empfindlich schwächen – und die ohnehin düsteren Aussichten für die 2024 anstehenden Unterhauswahlen weiter trüben.

ANZEIGE

HARRY WINSTON
RARE JEWELS OF THE WORLD
BAHNHOFSTRASSE 28, 8001 ZÜRICH, 043 456 37 40
HARRYWINSTON.COM

©2023 Harry Winston, Inc. CLASSIC WINSTON™ BR155

Die grosse Ernüchterung

Umweltverbände, Volksabstimmungen und Zweifel an der Wirtschaftlichkeit bremsen den Bau alpiner Solaranlagen aus

DAVID VONPLON

Die Solarprojekte auf der Alp da Schnaus und der Alp da Rueun im Bündner Oberland sollten als Konzept dafür dienen, wie Natur, Freizeitaktivitäten und Energieerzeugung verbunden werden können. Eine Skipiste sollte mitten durch einen der Solarparks führen, ebenso ein Weg für Wanderer und Biker, alles freilich mit ausreichendem Sicherheitsabstand zu den Panels. Sogar als Weide hätte das Land weiterhin genutzt werden können. Marcus Beer, der Gemeindepräsident von Ilanz, sprach von einer «einmaligen Chance» und «langfristigen Erträgen» für die Gemeinde.

Doch die Überzeugungsarbeit nützte nichts. Über 60 Prozent der Stimmbevölkerung von Ilanz und den umliegenden zwölf Dörfern sprachen sich Ende November gegen die beiden Solarparks aus, welche der Energieversorger Axpo an den südlichen Bergflanken der Sur-selva geplant hatte.

Goldgräberstimmung verfolgen

«Wir können am Volksentscheid nicht rütteln», sagt Beer nun. «Den Menschen hier ist eine intakte Landschaft offenbar wichtiger als Strom aus erneuerbaren Energiequellen, die Energiesicherheit und die Gemeindefinanzen.» Die Enttäuschung ist ihm im Gespräch anzumerken. Fast eine halbe Million Franken hätten die beiden Anlagen jedes Jahr in die Gemeindekasse gespült – daneben wären auch Einmalvergütungen im sechsstelligen Bereich angefallen. Doch daraus wird nun nichts.

Erst hatten einzelne Personen, die Besitzer von Jagdhütten und einigen Maiensässen gegen das Axpo-Projekt polemisiert. Dann sprangen Pro Natura und die Stiftung für Landschaftsschutz auf. An die örtliche Bevölkerung wurden Flugblätter verteilt, auf denen Solarpanels von den Bergspitzen bis ins Tal reichen. Davor blickt grimmig ein Auerhahn in das überbaute Tal. «Nein zum Solarwahn», lautet der Slogan, den Pro Natura und die Stiftung für Landschaftsschutz an alle Haushalte verschickten. Er tat seine Wirkung.

Dass die örtliche Stimmbevölkerung einem Solarprojekt den Stecker zieht, ist kein Einzelfall. Auch in Disentis, Melchsee-Fruyt und Ovronnaz mussten Energieversorger ihre Pläne nach einem Urmengang begraben. Immer mehr zeigt sich: Der Solarexpress, den das Parlament im Herbst letzten Jahres mit grosszügigen Subventionen und beschleunigten Verfahren angestossen hat, kommt nicht richtig in Fahrt. Längst ist die Goldgräberstimmung verfliegen, welche die Haurückübung in Bundesbern in den Bergtälern kurzzeitig ausgelöst hatte.

«Es ist inzwischen bei fast allen Projektbetreibern Ernüchterung eingeleitet», sagt Renato Tami. Der frühere Ecom-Chief ist Vizepräsident der Interessengemeinschaft Solalpin, die Stromversorger beim Bau von alpinen Solarparks berät. Bereits jetzt sei absehbar, dass das im Gesetz verankerte Ziel nicht erreicht würde. Zwei Terawattstunden zusätzlichen Strom sollten die Freiflächenanlagen in den Bergen liefern, mehr als die Hälfte davon im Winter. Der Ausbau sollte dazu beitragen, die drohende Stromlücke zu schliessen.

Doch obwohl auf dem Papier gegen 40 Anlagen in Planung sind, wurden bisher landesweit nicht mehr als ein Dutzend Baugesuche für alpine Photovoltaik eingereicht. Das ist laut Tami viel zu wenig – auch wenn in den nächsten Monaten noch einige Baugesuche dazukommen. Er geht davon aus, dass ein ansehnlicher Teil der derzeit bekannten Projekte am Ende nicht umgesetzt werden, sei es, weil sie an der Urne scheitern, am Widerstand der Umweltverbände oder weil sie sich schlicht nicht rechnen.

Hinzu kommt der Zeitdruck. Bis spätestens Ende 2025 müssen die alpinen Solaranlagen am Netz sein und mindestens 10 Prozent der gesamtstaatlich vorgesehenen Strommenge einspeisen. Nur dann fliessen die Subventionen vom



Auf der Alp da Schnaus bei Ilanz sollten auf einer Fläche von 26 Fussballfeldern Solarpanels installiert werden. Doch die örtliche Stimmbevölkerung sprach sich gegen das Projekt aus.

VISUALISIERUNG PD

Bund. «Wer es nicht schafft, in den nächsten Monaten ein Baugesuch einzureichen, dürfte kaum mehr rechtzeitig mit den Bauarbeiten fertig werden», meint Tami warnend. Einsprachen können den Baustart verzögern – überdies erschweren Lieferengpässe die Arbeit. Derzeit sind gerade nicht genug grosse Transformatoren verfügbar. In der Not wollen einige Projektbetreiber nun kleinere Trafos beschaffen, die dann später wieder ersetzt werden müssten. Tami fordert deshalb, dass der Bund die Frist für den Netzanschluss verlängert. Vielerorts brauchen man schlicht mehr Zeit, um die Anlagen zu bauen.

Hohe Gestehungskosten

Auch zeigt sich immer deutlicher, dass alpine Solaranlagen keineswegs Goldesel sind. Der Bündner Energieversorger Repower zum Beispiel hatte anfänglich gegen 40 Standorte für alpine Solarkraftwerke geprüft. Davon übrig geblieben sind bloss zwei. Eine Erklärung dafür liefert der Repower-Chef Roland Leuenberger unlängst in einem Gastbeitrag in der «Südschweiz». Die grösste Hürde für die meisten Projekte seien nicht etwa die Urmengänge oder die Umweltverbände, sondern die Wirtschaftlichkeit, erklärte der Strommanager. Trotz Subventionen seien die Erstellung und der wirtschaftliche Betrieb dieser Anlagen auf den hochalpinen Freiflächen schwierig.

Verschärft wird das Problem, weil sich der Bund weniger freigiebig zeigt als anfänglich angenommen. Im Solarexpress-Gesetz heisst es, dass der Bund maximal 60 Prozent der Investitionskosten der Anlagen berappe. In der Verordnung jedoch ist nur noch davon die Rede, dass die «ungedeckten Kosten» übernommen würden. «Bei dieser Subventionsvorgabe kommt garantiert keine Goldgräberstimmung auf», sagt Tami. Er schätzt, dass die Gestehungskosten des Stroms aus alpinen Solaranlagen in der Regel drei bis vier Mal höher sind als bei Photovoltaikanlagen auf einem Dach einer Industrieanlage.

Ernüchterung herrscht nicht zuletzt auch beim Energieversorger Axpo. Er hatte ursprünglich geplant, bis 2030 an elf Standorten Bergflächen mit Solarmodulen zu versehen – insgesamt sollte damit Strom für etwa 180 000 Haushalte erzeugt werden. Doch dass die ambitionierten Pläne des Unternehmens realisiert werden können, scheint heute unwahrscheinlich. Die nach dem Volksentscheid in Ilanz verbleibenden Solarprojekte liefern gemäss Vorgabe Strom für gerade einmal 13 000 Haushalte.

Landesweit wurden bisher nicht mehr als ein Dutzend Baugesuche für alpine Photovoltaik eingereicht.

Man bleibe weiterhin fest entschlossen, die Solaroffensive voranzutreiben, erklärt die Axpo ungeachtet der Rückschläge. Das Unternehmen verweist auf die Projekte in Tujetsch und Disentis, die von der lokalen Stimmbevölkerung angenommen wurden. Konzernsprecherin Jeanette Schranz verhehlt auf Anfrage jedoch nicht, dass der Bau von alpinen Solaranlagen das Unternehmen vor grosse Herausforderungen stellt. «Die technischen Anforderungen und die Preise sind gestiegen.» Auch gebe es Lieferschwierigkeiten und Materialengpässe. Hinzu komme, dass sich die Standorte der Projekte stark unterscheiden würden – was unterschiedliche Ansprüche an die Planung stelle.

Dass die anfängliche Euphorie vielerorts rasch in Frustration umschlug, hat auch mit den Umweltverbänden zu tun. Sie machen im Verbund mit grünen Politikern inzwischen an verschiedenen Fronten gegen grosse Freiflächenanlagen mobil. «Ihre Opposition ist allgegenwärtig – und in vielen Fällen ist es schwierig, mit ihnen eine Lösung zu finden», sagt Tami.

Die knappe Zeitvorgabe vereinfacht es den Umweltverbänden, ein Powerplay aufzuziehen. Allein die Androhung, ein Projekt mit Einsprachen zu verzögern, genügt häufig, damit Energieversorger oder Investoren von einem Vorhaben absehen. Sie wissen: Fällt das Projekt wegen Zeitüberschreitung aus dem Solarexpress, fliessen keine Subventionen – und das können sich die wenigsten Projektbetreiber leisten. Eine Vielzahl von Projekten steht aus diesem Grund auf der Kippe.

Zu schwaches Netz

Manche Energieversorger und Kantone versuchen deshalb die Schutzorganisationen bereits frühzeitig in die Planung einzubinden. Der Kanton Bern etwa bezieht aus diesem Grund vorher runde Tische ein – zeichnete sich starker Widerstand ab, liess er die Projekte fallen.

Die Berner Regierung will damit gemäss eigenen Aussagen die Fehler des Kantons Wallis vermeiden: Dort wurden ohne Einbezug der Umweltverbände riesige Projekte aus dem Boden gestampft. Die Quittung für diese Vorgehensweise erhielt der Kanton an der Urne. Das kantonale Solargesetz, das eine unbürokratische und rasche Bewilligung der Anlagen vorsah, scheiterte am Widerstand der Bevölkerung.

Das auf Konsens ausgerichtete Berner Vorgehen scheint sich zu bewähren: Kantonsweit ist ein Dutzend alpine Solaranlagen in Planung, einige haben zu-

mindest die demokratische Hürde überwunden. Allein die BKW, die sich beim Ausbau lange zurückgehalten hatte, plant sechs Projekte. Kommen die Anlagen in den Regionen Grindelwald, Adelboden, Meiringen und Saint-Imier zustande, lässt das Unternehmen alle anderen Energieversorger bei der Produktion von alpinem Sonnenstrom hinter sich. Noch haben allerdings erst drei der sechs Projekte die Zustimmung der Bevölkerung erhalten.

Die BKW weist derweil darauf hin, dass das Hochspannungsnetz auf lange Sicht zu schwach sein könnte, um die neuen Strommengen aus den entlegenen Bergtälern abzuführen. «Wir werden es nicht schaffen, das Hochspannungsnetz vor 2030 auszubauen», sagt Andreas Ebner, Leiter der Netzplanung bei der BKW. Für die zwölf geplanten alpinen PV-Anlagen im Kanton Bern sowie für die normalen PV-Anlagen auf den Dächern reichen die bestehenden Kapazitäten gerade noch. Doch den Strom von weiteren alpinen Solaranlagen oder auch anderen Kraftwerkstypen könnte man dann nicht mehr aufnehmen. «Es ist deshalb zwingend, dass wir den Netzausbau bereits heute angehen.» Laut Ebner dauert der Ausbau des Hochspannungsnetzes mit den gegenwärtigen Verfahren acht bis zwölf Jahre – Einsprachen nicht eingerechnet.

Anderorts ist die Netzplanung noch prekärer. Im Wallis mussten die grossen alpinen Solaranlagen nicht zuletzt deshalb redimensioniert werden, weil die Netzinfrastruktur zu schwach ist, um den Strom abzuführen. So stellte die Netzbetreiberin Swissgrid klar, dass die grossen Strommengen von den Bergen frühestens nach dem Netzausbau im Jahr 2028 abgeführt werden können. Ähnlich sieht die Situation im Prättigau aus: In der Region Davos - Klosters wurden mehrere Projektideen verworfen, weil nicht genügend Netzkapazitäten vorhanden sind, um den Strom zu transportieren.

Verfahren straffen

Die BKW macht sich deshalb dafür stark, dass der Bundesrat so rasch wie möglich einen Netzexpress nachlegt. «Der Solarexpress schreibt vor, dass die Behörden innerhalb von sechs Monaten ein Projekt beurteilen müssen und die Gerichte anschliessend ebenfalls innert sechs Monaten über Einsprachen urteilen. Die gleichen Spielregeln müssen wir auch fürs Netz einführen», fordert Ebner.

Bei Energieminister Albert Rösti sind die Forderungen der Netzbetreiber angekommen. Bis nächsten März will er eine entsprechende Vorlage präsentieren, welche beim Netz die Verfahren straffen und die Einsprachemöglichkeiten einschränken soll. Bei künftigen Projekten könnte das für Entlastung sorgen. Für die laufenden Projekte im Zuge des Solarexpress kommen diese Massnahmen aber meist zu spät.

ANZEIGE

«Lebenslanges Lernen heisst auch, selbstbestimmt leben zu können.»



Stefanie Weber
Head Group
Human
Resources

Für das selbstbestimmte Leben unserer Kundinnen und Kunden.

SwissLife